

Stadt will Bürger nicht warten lassen

CSU informierte über Hochwasserschutz am Regen / Analyse soll im Februar vorliegen

EINHAUSEN (hs/mz). Vermutlich schon im Februar oder März 2003 wird sich der Stadtrat mit den Ergebnissen einer Hochwasser-Schwachstellenanalyse befassen, die Oberbürgermeister Hans Schaidinger im August bei der Stadtverwaltung in Auftrag gegeben hat. Dies teilte Stadtrat Herbert Schlegl bei einer Informationsveranstaltung zum Thema „Hochwasserschutz für das linke Regenufer“ im Fischerhaus mit.

Zahlreiche Bürger waren der Einladung der CSU-Stadtratsfraktion und des CSU-Ortsverbands Reinhausen/Sallern in die Gaststätte Fischerhaus gefolgt. In den bereits brechend vollen Saal mussten zusätzlich noch Tische und Stühle geschleppt werden, so groß war der Andrang zum Thema „Hochwasserschutz am linken Regenufer“.

In seiner Einführung erläuterte Franz Kastenmeier vom Tiefbauamt

die seit dem Hochwasser vom August eingetretene Situation. Danach habe OB Hans Schaidinger nach einer Sondersitzung mit der CSU-Stadtratsfraktion noch im August die Verwaltung beauftragt, eine Schwachstellenanalyse für das gesamte Stadtgebiet zu erstellen. Dazu gehöre auch eine genaue Untersuchung der Situation am linken Regenufer. Die Ergebnisse werden laut Kastenmeier höchstwahrscheinlich im Februar oder März dem Stadtrat vorgelegt.

Wie sich in der Diskussion zeigte, war es für die Bewohner vom linken Regenufer wichtig, zu erfahren, wie die Stadt mit ihren Sorgen und Nöten umgeht, die bei Überschwemmungen auftreten. Stadtrat Herbert Schlegl stellte klar, dass für Planung und Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen der Freistaat Bayern, vertreten durch das Wasserwirtschaftsamt, zuständig sei. Er meinte aber, die CSU-Stadtratsfraktion und OB Schaidinger wollten die vom Hochwasser betroffenen Bürger nicht so lange warten lassen, bis die staatlichen Stel-

len die in Regensburg notwendigen Schutzmaßnahmen ergreifen und umsetzen. Deshalb soll die Schwachstellenanalyse aufzeigen, wo und an welchen Stellen Vorsorgemaßnahmen in Form von Zwischenlösungen, wie zur Zeit in Stadtamhof, durch die Stadt ergriffen werden können.

Das sei eine freiwillige Leistung der Stadt für ihre Bürgerschaft. Die Baumaßnahmen müssten so vorbereitet werden, dass sie anschließend für den hundertjährigen Hochwasserschutz, wie ihn der Freistaat vorgibt, Verwendung finden können und im Bedarfsfall mit beweglichen Katastrophenschutzelementen ergänzt werden können. Nach Schlegls Worten eignen sich dafür unter Umständen die Schwachstellen an der Unteren und der Oberen Regenstraße. Um die Nachhaltigkeit der vorgezogenen Maßnahmen zu gewährleisten und den Freistaat nicht aus seiner Verpflichtung zu entlassen, sei es erforderlich, dass alle Verbesserungen als integrierte Teile einer späteren staatlichen Vollschutzlösung zu sehen sind.